Stand: 28.10.2025 14:02:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17307

"Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/17307 vom 21.06.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22212 des SO vom 17.05.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/22617 vom 06.06.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 06.06.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

21.06.2017 Drucksache 17/17307

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Ulrich Leiner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich und mündlich in den Ausschüssen für kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration darüber zu berichten, welche Versäumnisse zur Unterbringung eines offenbar psychisch kranken Straftäters in einer Gemeinschaftsunterkunft in Arnschwang im Landkreis Cham mit allein geflüchteten Frauen mit Kindern geführt haben und zur Tötung eines fünfjährigen Kindes beigetragen haben.

Insbesondere ist in dem Bericht auf folgende Fragen einzugehen:

- Trifft es zu, dass das Münchner Verwaltungsgericht 2014 es für wahrscheinlich hielt, dass Mostafa K. nach seiner Haftstrafe wegen Brandstiftung weitere Straftaten begehen könnte?
- Welche Rolle bei der Frage der Unterbringung von Mostafa K. spielte die Einschätzung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Landsberg am Lech: "Im Sommer 2014 bestätigte das Gericht die Prognose der JVA Landsberg am Lech, "dass in Zukunft eine Gefahr für die Allgemeinheit durch neue vergleichbare Straftaten (…) ernsthaft droht". Explizit hieß es, dass "ohne adäquate Behandlungsmaßnahmen die Gefahr erneuter schwerwiegender Straftaten gegen Leib und Leben anderer Personen ausgehe". Zudem wurde Mostafa K. eine "Sucht- und Gewaltproblematik" bescheinigt." (SZ: 07.06.2017)?
- Wurde auch das allgemein hohe Gefährdungspotenzial geprüft, als das Landgericht Augsburg die Pflicht zum Tragen einer Fußfessel verhängte?
- Auf welcher rechtlichen Grundlage und Bewertung stützte sich die Anordnung des Tragens eine Fußfessel?

- Welche Gründe waren dafür maßgeblich, dass Mostafa K. trotz seiner Sucht- und Gewaltprobleme, sowie seiner Allgemeingefährdung nicht in eine Sicherungsverwahrung genommen wurde?
- Was wurde unternommen, als Mustafa K. auch nach einer Suchtentwöhnungstherapie und einem Anti-Gewalt-Training weiterhin psychisch auffällig war und Selbstmordversuche unternahm?
- Welche Stellen im Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration waren über das vorhandene Gefährdungspotenzial informiert?
- Welche Informationen wurden an die Regierung der Oberpfalz weitergegeben?
- Wie konnte die Regierung der Oberpfalz, welche für die Unterbringung des verurteilten Straftäters zuständig war, zu der Einschätzung kommen: "es habe "keine Anhaltspunkte" gegeben, "dass es zu einer solchen Eskalation" kommen könne"?
- Wie viele Suizidversuche von Mustafa K. seit seiner Unterbringung in Arnschwang waren den Behörden bekannt?
- Aus welchen Gründen lehnte die Regierung der Oberpfalz Anträge seines Bewährungshelfers auf Verlegung ab?
- Wie oft und aus welchen Gründen hatte Mustafa K. Kontakt mit der Polizei während seiner Zeit in der Unterkunft?
- Gab es tendenziell mehr Einsätze von Polizei, Rettungsdiensten, Feuerwehr oder anderen Hilfsdiensten in dieser Unterkunft, als in anderen Unterkünften?
- Warum führten die häufigen Polizeieinsätze in der Unterkunft aufgrund des Verhaltens von Mustafa K. nicht zu einer Evaluierung seiner Unterbringung in dieser Unterkunft?
- Wird das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration in der Konsequenz dieser Ereignisse nun ähnliche Fälle überprüfen?
- Wie soll eine Wiederholung dieser Vorkommnisse in anderen Fällen zukünftig ausgeschlossen werden?

Begründung:

Das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, die Regierung der Oberpfalz und alle für die Unterbringung und Versorgung des Asylbewerbers Mustafa K. zuständigen Behörden haben versagt. Die nun zu Tage gekommene Erklärungsnot

und die vorgebrachten Verweise auf fehlendes Wissen über die Allgemeingefährlichkeit und die psychischen und Betäubungsmittel bedingten Probleme von Mustafa K. erfordern dringend eine saubere und nachhaltige Aufarbeitung dieser Geschehnisse und der Ursachen dieses fatalen Versagens im Landtag.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

17.05.2018 Drucksache 17/22212

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drs. 17/17307

Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: Christine Kamm Mitberichterstatter: Thomas Huber

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 12. April 2018 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
- 3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 91. Sitzung am 17. Mai 2018 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Joachim Unterländer Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.06.2018 Drucksache 17/22617

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Ulrich Leiner und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/17307, 17/22212

Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich und mündlich in den Ausschüssen für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration darüber zu berichten, welche Versäumnisse zur Unterbringung eines offenbar psychisch kranken Straftäters in einer Gemeinschaftsunterkunft in Arnschwang im Landkreis Cham mit allein geflüchteten Frauen mit Kindern geführt haben und zur Tötung eines fünfjährigen Kindes beigetragen haben.

Insbesondere ist in dem Bericht auf folgende Fragen einzugehen:

- Trifft es zu, dass das Münchner Verwaltungsgericht 2014 es für wahrscheinlich hielt, dass Mostafa K. nach seiner Haftstrafe wegen Brandstiftung weitere Straftaten begehen könnte?
- Welche Rolle bei der Frage der Unterbringung von Mostafa K. spielte die Einschätzung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Landsberg am Lech: Im Sommer 2014 bestätigte das Gericht die Prognose der JVA Landsberg am Lech, "dass in Zukunft eine Gefahr für die Allgemeinheit durch neue vergleichbare Straftaten (...) ernsthaft droht". Explizit hieß es, dass "ohne adäquate Behandlungsmaßnahmen die Gefahr erneuter schwerwiegender Straftaten gegen Leib und Leben anderer Personen ausgehe". Zudem wurde Mostafa K. eine "Sucht- und Gewaltproblematik" bescheinigt." (SZ: 07.06.2017)?

- Wurde auch das allgemein hohe Gefährdungspotenzial geprüft, als das Landgericht Augsburg die Pflicht zum Tragen einer Fußfessel verhängte?
- Auf welcher rechtlichen Grundlage und Bewertung stützte sich die Anordnung des Tragens eine Fußfessel?
- Welche Gründe waren dafür maßgeblich, dass Mostafa K. trotz seiner Sucht- und Gewaltprobleme, sowie seiner Allgemeingefährdung nicht in eine Sicherungsverwahrung genommen wurde?
- Was wurde unternommen, als Mostafa K. auch nach einer Suchtentwöhnungstherapie und einem Anti-Gewalt-Training weiterhin psychisch auffällig war und Selbstmordversuche unternahm?
- Welche Stellen im damaligen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration waren über das vorhandene Gefährdungspotenzial informiert?
- Welche Informationen wurden an die Regierung der Oberpfalz weitergegeben?
- Wie konnte die Regierung der Oberpfalz, welche für die Unterbringung des verurteilten Straftäters zuständig war, zu der Einschätzung kommen: "es habe "keine Anhaltspunkte" gegeben, "dass es zu einer solchen Eskalation" kommen könne"?
- Wie viele Suizidversuche von Mostafa K. seit seiner Unterbringung in Arnschwang waren den Behörden bekannt?
- Aus welchen Gründen lehnte die Regierung der Oberpfalz Anträge seines Bewährungshelfers auf Verlegung ab?
- Wie oft und aus welchen Gründen hatte Mostafa K. Kontakt mit der Polizei während seiner Zeit in der Unterkunft?
- Gab es tendenziell mehr Einsätze von Polizei, Rettungsdiensten, Feuerwehr oder anderen Hilfsdiensten in dieser Unterkunft, als in anderen Unterkünften?
- Warum führten die häufigen Polizeieinsätze in der Unterkunft aufgrund des Verhaltens von Mostafa K. nicht zu einer Evaluierung seiner Unterbringung in dieser Unterkunft?
- Wird das Staatsministerium für Inneres und Integration in der Konsequenz dieser Ereignisse nun ähnliche Fälle überprüfen?
- Wie soll eine Wiederholung dieser Vorkommnisse in anderen Fällen zukünftig ausgeschlossen werden?

Die Präsidentin I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die

gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass

der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 3 aufgeführte Subsidiaritätsangelegen-

heit, Bundesratsdrucksache 155/18 betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie des

Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kol-

lektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, bera-

ten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiari-

tätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken

Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Einschlägig sind hier die Drucksa-

che 17/22325 sowie die Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/22363. Die Be-

ratung im Bundesrat ist für den kommenden Freitag vorgesehen. Die Beschlussemp-

fehlung und das Abstimmverhalten der Fraktionen hierzu ist in der aufgelegten Liste

aufgeführt.

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Listennummer 4, das ist der Antrag der

Abgeordneten Claudia Stamm betreffend "Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n

für Bayern ernennen", der auf Wunsch von Frau Stamm in einer der nächsten Plenar-

sitzungen einzeln beraten werden soll.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit

den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Erster Senat vom 29. März 2018 (1 BvR 1619/17) betreffend Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen
 - a) Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, Art. 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nr. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, Art. 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Satz 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nr. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (BayGVBI. S. 145, BayRS 12-1-I),
 - b) Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2015 (BayGVBI. S. 458)

PII-G1320.17-0004 Drs. 17/22207 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		A

zur 133. Vollsitzung am 6. Juni 2018

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 03. April 2018 (Vf. 5-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
 - 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 - 2. Bayerische Staatsregierung

vom 26. März 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 2 bis 6, 8, 9, 11 und 12 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBI. S. 388) die Bayerische Verfassung verletzen PII/G1310.18-0006

Drs. 17/22208 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

Europaangelegenheit

 Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Alexander König, Dr. Franz Rieger u.a. CSU, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18 Drs. 17/22363 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
□	Ø	团	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen Drs. 17/16942, 17/22211 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Standards der Unterbringung und Gewaltschutzkonzepte in bayerischen Asylbewerberunterkünften und Aufnahmeeinrichtungen Drs. 17/17306, 17/22112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang Drs. 17/17307, 17/22212 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
 Unterkünfte für queere Geflüchtete und Schaffung der Position einer Landesbeauftragten bzw. eines Landesbeauftragten für queere Geflüchtete Drs. 17/18013, 17/22230 (A)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	ENTH

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum "Enthaltung" der Abstimmung zugrunde zu legen.

zur 133. Vollsitzung am 6. Juni 2018

8.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
	Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
	Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen
	Drs. 17/18710, 17/22010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Sexualisierte Gewalt verhindern und wirksam bekämpfen: Bayerisches Gleichstellungsgesetz reformieren Drs. 17/18723, 17/22011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Assistierte Ausbildung erhalten und weiterentwickeln Drs. 17/20364, 17/22248 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlängerung der S-Bahn von Dombühl nach Crailsheim Drs. 17/20531, 17/22263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

12.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Halbstundentakt für die Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt: Angebotsverbesserungen erfolgreich in die Fläche bringen Drs. 17/20536, 17/22264 (E)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
13.	Antrag der Abgeordne Amazon und Co. – Ein Einzelhandel Drs. 17/20807, 17/222 Votum des federführer	nfluss von Online-Mark 65 (A) nden Ausschusses für	tplätzen auf den bayer	ischen
	Wirtschaft und Medien	i, Infrastruktur, Bau un	_	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	Z
14.	Antrag der Abgeordne Klaus Adelt u.a. SPD Milliarden-Infrastruktur Kanalnetzes zeitnah v Drs. 17/20827, 17/221 Votum des federführer	erhalten – Sanierung erbessern 37 (A)		hen
	Umwelt und Verbrauch	nerschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			ENTH
15.	Antrag der Abgeordne Gisela Sengl u.a. und Vorranggebiete für die Drs. 17/20832, 17/222	Fraktion (BÜNDNIS 90 Landwirtschaft in der 66 (A))/DIE GRÜNEN)	öglichen
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		_	-
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

16.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bundesmittel auch für SPNV-Strecken bereitstellen Drs. 17/20927, 17/22267 (E)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
17.	Antrag der Abgeordnet Run-off-Entwicklung in Drs. 17/20996, 17/222	der Versicherungswirf			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z				
18.	Antrag der Abgeordnet Dr. Christian Magerl u. Verbesserungen des G Drs. 17/21007, 17/222	a. und Fraktion (BÜNI Gesetzes zum Schutz (DNIS 90/DIE GRÜNEN))	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	A		
19.	Antrag der Abgeordnet Dr. Simone Strohmayr Verwaltungsangestellte bessere Bezahlung, be Drs. 17/21016, 17/222	u.a. SPD e an den Schulen in Ba essere Arbeitsbedingu	ayern verdienen mehr		
	Votum des federführer Fragen des öffentliche				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				

20.	Antrag der Abgeordneten Ilona Deckwerth, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt verbessern – öffentliche Aufträge nur bei Einhaltung der Beschäftigungsquote Drs. 17/21137, 17/22233 (A)				
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, J		egration		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z			
21.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmanr Vereinbarkeit von Bern Kinderbetreuungsange Drs. 17/21138, 17/222 Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju	n u.a. SPD uf und Familie durch S ebote verbessern :34 (A) nden Ausschusses für	tärkung betrieblicher		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
22.	Antrag der Abgeordne Josef Zellmeier u.a. C Digitale Bereitstellung Drs. 17/21140, 17/222	SU aller Bauleitpläne	ischer, Dr. Florian Herr	mann,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
23.	Antrag der Abgeordne Martina Fehlner u.a. S Weitere Behandlung d für die Sanierung des Drs. 17/21148, 17/222	PD ler offenen Fragen zur Neuen Schlosses Pap	Verwendung der öffen		
	Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	csu	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

24.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Selbstständigkeit und Arbeitsmotivation junger Menschen in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe fördern – Bestimmungen zur Anrechnung eigenen Einkommens verbessern Drs. 17/21156, 17/22244 (A)			
	Votum des federführen Arbeit und Soziales, Ju		egration	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
25.	Antrag der Abgeordnet Martin Stümpfig u.a. ur Für eine aussagekräftig Drs. 17/21157, 17/2204	nd Fraktion (BÜNDNIS ge Klimabilanz Bayern	90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführen Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
26.	Antrag der Abgeordnet Dr. Leopold Herz u.a. u Überprüfung der Auswi Milchmengenreduzieru Drs. 17/21227, 17/2207	ınd Fraktion (FREIE W irkungen und Umsetzu ng	/ÄHLER)	europaweiten
	Votum des federführen Ernährung, Landwirtsch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
27.	Antrag der Abgeordnet Dr. Karl Vetter u.a. und Lieferengpässen bei Ca Drs. 17/21228, 17/2228	l Fraktion (FREIE WÄI annabis für medizinisc	HLER)	<i>v</i> irken
	Votum des federführen Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z
	归 면 면 면 Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen.			

28.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU) EEG-Umlage für hocheffiziente KWK erhalten und schnell Rechtssicherheit schaffen Drs. 17/21250, 17/22271 (E) 			cherheit
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
29.	Dringlichkeitsantrag de Annette Karl u.a. und I Zukunftsplan Mobilität Mobilitätssicherung für Drs. 17/21251, 17/222	Fraktion (SPD) für eine Verkehrswend Land und Stadt 72 (A)	•	nhard Roos,
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	ENTH	ENTH
30.	Dringlichkeitsantrag de Dr. Leopold Herz u.a. Cross Compliance: Ko Stunden vorher anmel Drs. 17/21255, 17/222	und Fraktion (FREIE V ntrollen auch bei Haup den und verträglich ge	VÄHLER) oterwerbsbetrieben mir	
	Auf Antrag der CSU- Votum des mitberate Umwelt und Verbraud	nden Ausschusses f		:
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A		A
31.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmanr Für ein gutes Miteinan Mehrgenerationenhäu Drs. 17/21265, 17/222	n u.a. SPD der der Generationen: ser in Bayern gerecht		dern!
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju		egration	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

32.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
	Boden in Bayern als natürliche Lebensgrundlage schützen, Leistungsfähigkeit
	des Naturhaushalts dauerhaft verbessern – eine Humusstrategie für Bayern
	Drs. 17/21267, 17/22247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

33. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD

Umsetzung von EU-Recht in Bayern

Drs. 17/21272, 17/22061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Reduzierte EEG-Umlage für KWK-Anlagen erhalten – Bayerisches KWK-Förderprogramm auf den Weg bringen Drs. 17/21279, 17/22273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Faire Bezahlung von Frauen und Männern vorantreiben – Lösungen auf den Weg bringen Drs. 17/21281, 17/22113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

36.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berufsgrundschuljahr für Geflüchtete gestatten – geplante Prüfung durch Ausländerbehörden entfallen lassen Drs. 17/21450, 17/22259 (A)				
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	A	Z	
37.	Antrag der Abgeordner Gisela Sengl u.a. und Bienensterben stopper Keine bienengefährlich Drs. 17/21453, 17/223	Fraktion (BÜNDNIS 90 n – nen Pestizide in Haus-)/DIE GRÜNEN)		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
38.	Antrag der Abgeordner Eberhard Rotter u.a. C Nutzung von Wegen in Drs. 17/21454, 17/219	:SU n Voralpen- und Alpine	-	iinbiker regeln	
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		ENTH	Z		
39.	Antrag der Abgeordner Jürgen Baumgärtner u Hebammenhilfe: Steig erhöhen Drs. 17/21458, 17/222	.a. CSU erungssatz für privat v			
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

40.	Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU Trinkwasserverordnung Drs. 17/21459, 17/22254 (E)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
41.	 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU Vereinfachung der Eingrünungspläne Drs. 17/21488, 17/21997 (G) Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz 				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		A		A	
42.	 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Judith Gerlach u.a. CSU Grundlegende Beratungsstruktur für ehemalige Heimkinder in Bayern auch über das Auslaufen des Fonds Heimerziehung hinaus aufrechterhalten Drs. 17/21489, 17/22235 (E) Votum des federführenden Ausschusses für 				
	Arbeit und Soziales, Ju	ugend, Familie und Int			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
43.	Antrag der Abgeordne Wolfgang Fackler u.a. Umsetzung der Vorgal und Gesundheitsschut Drs. 17/21539, 17/221	CSU ben des Arbeitssicherh zes bei der Bayerische	neitsgesetzes und des	Arbeits-	
	Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

44.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Neue Arbeitszeitmodelle bei der Bayerischen Polizei nicht weiter an der Realität vorbei planen – Handlungsspielraum für die Polizei schaffen! Drs. 17/21547, 17/22096 (A)				
	Votum des federführer Fragen des öffentlicher				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		A	
45.	 Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU Dienstvereinbarung zu Arbeitszeitmodellen im Schicht- und Wechselschichtdienst bei der Bayerischen Polizei Drs. 17/21592, 17/22097 (E) 			elschichtdienst	
	Votum des federführer Fragen des öffentlicher				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
46.	Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD Volle Berücksichtigung von Zeiten der Teilzeitbeschäftigung bei Berechnung der Wartezeit für einen Anspruch auf Ruhegehalt Drs. 17/21675, 17/22012 (A)				
	Votum des federführer Fragen des öffentliche				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		团	Z	
47.	Antrag der Abgeordnet Susann Biedefeld u.a. Karenzzeit auch für Be Drs. 17/21677, 17/220	SPD amte der höheren Qua			
	Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	ENTH	

zur 133. Vollsitzung am 6. Juni 2018

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wertvolle Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern fortführen

Drs. 17/21034, 17/22260 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z